

Ehe und Familie bleiben Mittelpunkt

Ergebnisse einer Meinungsumfrage

„Die Familie ist die erste und wichtigste Gemeinschaft für den Menschen, für die Gesellschaft und für den Staat; deshalb muß Schutz und Förderung der Familie ein unantastbares Prinzip der innerstaatlichen Ordnung sein.“ (Berliner Programm der CDU, Ziffer 91). Dies entspricht dem Grundgesetz-Auftrag, der die Familie unter den besonderen Schutz des Gesetzes stellt. (Artikel 6)

Im zweiten Familienbericht der Bundesregierung aber erscheint die Familie als Agent der Gesellschaft, dessen Aufgabe es ist, die Kinder zu nützlichen Bestandteilen dieser Gesellschaft heranzuziehen. Der Mensch wird seiner Individualität beraubt; sein Verhalten zum Rollenspiel degradiert. Rollen aber sind umbesetzbar, und somit werden Eltern durch andere Personen austauschbar. Vertrauen, Geborgenheit, die Möglichkeit zur Selbstentfaltung durch gegenseitige Achtung gehen durch die SPD-Familienpolitik verloren. Der wachsende Problemdruck von außen auf die Familien, u. a. das Armutsrisiko durch Kinderreichtum: dies alles trägt zur Verunsicherung der Familien bei.

Um die Familie zu stärken, gibt es viele Vorschläge seitens der CDU, die sowohl materielle Hilfen (wie die Aufstockung des Kindergeldes), als auch Maßnahmen im Städte- und Wohnungsbau umfassen, sowie Forderungen zur Stärkung der Erziehungskraft der Familie und zur Aufwertung ihrer Position in der Gesellschaft. Zwei neue konkrete Aktionen laufen derzeit an:

- Die Landesregierung von Baden-Württemberg eröffnet am 29. Januar 1978 ihre „Aktion Familie“.
- Der Landesverband Westfalen Lippe der CDU hat seine Aktion „kinderfreundliche Gemeinde“ gerade begonnen.

Aber nicht nur für die CDU, auch für die Bürger unseres Landes hat die Familie ihre Bedeutung nicht verloren. Ihr gesellschaftlicher Wert und ihre gesellschaftserhaltende Funktion sind in der Bevölkerung der Bundesrepublik unbestritten.

Dies zeigt eine Untersuchung des Meinungsforschungsinstitutes EMNID, Bielefeld, die im September 1977 durchgeführt wurde. 1 000 repräsentativ ausgewählte Bundesbürger wurden nach ihren Ansichten zur Familie gefragt. Dabei konnte in zwei Bereichen so hohe Zustimmung gemessen werden, wie die Demoskopie sie selten zutage fördert:

■ **Fast 90 % der Bevölkerung halten nach wie vor die Familie für eine natürliche Gemeinschaft.**

■ **Weit mehr als drei Viertel sehen einen direkten Zusammenhang zwischen intakten Familien und intakter Gesellschaft.**

Die interessantesten Ergebnisse der Studie sollen nachfolgend dargestellt werden:

Die Familie: eine natürliche Gemeinschaft

Daß die Familie eine natürliche Gemeinschaft ist, darüber besteht Konsens in der Bevölkerung: 87 % der Bundesbürger stimmen dieser Meinung mehr oder weniger stark zu. Geschlechtsspezifische Unterschiede sind nicht feststellbar, aber altersspezifische. Junge Leute im Alter von 14 bis 19 Jahren stehen der Familie kritischer gegenüber als der Durchschnitt der Bevölkerung.

Es ist nicht auszuschließen, daß hier die ersten Auswirkungen der Lehrinhalte sichtbar werden, die durch hessische und nordrhein-westfälische Rahmenrichtlinien initiiert, von Schulbüchern aufgegriffen und von Lehrern vermittelt wurden. Das Vertrauen zu den Eltern wurde erschüttert, die Eltern wurden als Opfer klassenspezifischer Vorurteile hingestellt, und es wurde den Kindern so lange eine Kluft zwischen Jung und Alt in der Familie eingeredet, bis die natürlichen Beziehungen beeinträchtigt waren.

Ähnlich verhält es sich bei Befragten mit Abitur oder Studium: Auch sie sehen in der Familie nicht so oft eine natürliche Gemeinschaft, wie dies etwa Befragte mit Volks- oder Mittelschulbildung tun.

In den Berufsgruppen und bei den Parteianhängern differieren die Ansichten nur mäßig. Lediglich Selbständige und FDP-Anhänger vertreten etwas seltener diese Auffassung. Anhänger der Union und SPD-Gefolgschaft unterscheiden sich nicht.

Mit der Zustimmung zur Familie als natürlicher Gemeinschaft wird ganz klar der Standpunkt der CDU unterstützt, daß die Erziehung der Kinder ein natürliches

Recht der Eltern und nicht eine von der Gesellschaft an die Familie übertragene Aufgabe ist. Elternrecht schützt die Familien vor unbegründeten Eingriffen des Staates. Elternrecht findet andererseits seine Rechtfertigung in der Erfüllung der Elternpflichten.

Intakte Familie – Intakte Gesellschaft?

Die Bevölkerung — Männer wie Frauen — vermuten einen Zusammenhang: Mehr als drei Viertel billigen die Meinung, je intakter die Familien seien, um so weniger krisenanfällig sei die Gesellschaft. Auch in dieser Frage steigt die Zustimmung mit zunehmendem Alter. Bei Landwirten und Rentnern, beides Gruppen, die aus eigener Erfahrung noch intakte Familien und Großfamilien kennen, findet diese These besondere Zustimmung. Mit zunehmender Schulbildung wird der Zusammenhang zwischen Familie und Gesellschaft nicht mehr so strikt gesehen. Unterschiede bestehen in der Beurteilung bei den Parteianhängern: Die Gefolgschaft der Union sieht eher intakte Familien als Voraussetzung für eine geordnete Gesellschaft. Koalitionsanhänger sind eher etwas skeptischer.

In Ehe und Familie erfährt der Mensch unmittelbar und am deutlichsten Solidarität und Gerechtigkeit und damit die Grundbedingungen für Freiheit.

Die Familie hat deshalb neben ihrer funktionellen auch eine hohe ordnungspolitische Bedeutung; sie ist Grundlage einer freiheitlich-sozialen Gesellschaft. Das hat der Bundesbürger erkannt. Er fordert daher die Politiker auf, nicht tatenlos zuzusehen, wie unser Land stetig kinderfeindlicher wird und viele Familien mit mehreren Kindern in die Nähe einer beinahe asozialen Situation geraten. Familien mit mehreren Kindern fehlt heute weitgehend die gesellschaftliche Anerkennung.

Individuelles Verhalten erlernt man in der Familie

Dem stimmen fast 60 % unserer Bürger zu. Nur jeder 5. Bundesbürger ist unentschieden, und ein weiteres Fünftel glaubt, dem nicht zustimmen zu können. Frauen sind sich in dieser Beziehung sicherer als Männer: Sie glauben eher, daß solche Verhaltensweisen in der Familie vermittelt werden.

Die Meinungen variieren mit Alter und Bildung: Je älter die Befragten und je niedriger ihr Bildungsniveau, desto stärker die Vermutung, individuelles Verhalten lerne man im Familienverbund. Skeptischer sind Bürger, die Abitur oder Studium als Schulbildung angeben: Von ihnen stimmt nur die Hälfte zu. Bei dieser Fragestellung zeigt sich die familienfreundliche Einstellung von Arbeitern und Landwirten.

Besonders zustimmend äußern sich die Unions-Anhänger, während SPD-Leute, vor allem aber die FDP-Gefolgschaft den Gedanken häufiger ablehnen. Der Bürger ist sich klar darüber, daß die Familie die erste und wichtigste Erziehungsgemeinschaft für das Kind ist. Das Recht des Kindes auf Erziehung setzt sein Recht auf Familie voraus. Das Kind hat insbesondere in den ersten Lebensjahren einen Anspruch auf liebevolle Betreuung durch Mutter oder Vater. Denn schon in dieser Zeit werden Weichen für den späteren Weg und Erfolg im Leben gestellt. Sprachvermögen und Gefühlswelt, Selbständigkeit und Gemeinschaftsempfinden, Wertbewußtsein und Verhaltensweisen werden in der Familie vorgeprägt.

Beziehung Eltern – Kinder

Aus der Erkenntnis, welche Funktion und welchen Wert die Familie für Staat, Gesellschaft und Individuum hat, urteilen die Bürger zwiespältig und auch zusehends kritischer über die Funktionserfüllung in dieser kleinsten, aber wichtigsten aller gesellschaftlichen Gruppen.

So sind 42 % der Bürger — Frauen stärker als Männer — der Meinung, viele Eltern hätten heute nicht mehr die Fähigkeit, ihre Beziehungen zu ihren Kindern selbstverantwortlich zu gestalten. Gut ein Drittel widerspricht dieser Auffassung. Jugendliche von 14—19 Jahren, die ja Gegenpol dieser Beziehung noch sind bzw. ihr gerade erst entwachsen sind, urteilen weniger hart: In dieser Gruppe findet sich mehr Ablehnung als Zustimmung für diese Meinung. Alle anderen Gruppen kritisieren stärker die mangelnden Fähigkeiten der Eltern zu „normalen“ Beziehungen zu ihren Kindern. Bei den Parteianhängern sind es besonders der Union Nahestehende, die die Institution Familie in dieser Hinsicht kritisch betrachten.

Aber vollständig verdammt wird die Leistung der Eltern nicht. Die Behauptung nämlich, daß die erzieherische Leistung der Eltern schlechter sei als die der Schule, wird klar zurückgewiesen. Gut zwei Drittel der Bevölkerung halten diese Ansicht für falsch. Noch nicht einmal jeder 5. Bürger stimmt zu. In diesem Punkt fällt das Urteil der 14- bis 19jährigen Bürger härter aus: Sie sind zu einem Viertel der Meinung, die Schule zeige die bessere erzieherische Leistung. Ansonsten geht die Ablehnung dieser These quer durch die Bevölkerung, auch die Anhänger von Koalition und Union unterscheiden sich kaum.

Die Antwort auf die — auch von der Bevölkerung erkannten — Mängel in der Kindererziehung liegt für die CDU nicht im Ersatz der familiären Erziehung, sondern in ihrer Förderung und Verbesserung.

Die Eltern müssen durch Elternbildung und -beratung von öffentlichen und freien Trägern auf die Erfüllung ihrer erzieherischen Aufgaben besser vorbereitet werden. Die Erziehungsbereitschaft und Erziehungsfähigkeit der Eltern zu stär-

ken, ist im Rahmen der Erwachsenenbildung ebenso wichtig wie die berufliche Weiterbildung.

Junge Menschen werden zuwenig darauf vorbereitet, wie sie später ihre Kinder betreuen und erziehen sollen. Deshalb muß die pädagogische Vorbereitung junger Menschen auf die künftigen Aufgaben als Eltern schon in der Schule erfolgen.

Die Erziehung in der Familie ist darauf gerichtet, schrittweise für das Kind neue Lebensräume zu eröffnen. Familiäre Erziehung soll nicht autoritär sein. Autorität jedoch, die aus größerer Reife der Eltern und dem partnerschaftlichen Zusammenleben mit den Kindern entsteht, wird die Erziehung und Familiengemeinschaft fördern und stärken.

Berufstätige Mütter – ja oder nein?

Nein, sagt der Bürger!

61 % der Bevölkerung stimmen ausdrücklich der Ansicht zu, berufstätige Mütter müßten die Erwerbstätigkeit unterbrechen, um die Erziehung der Kinder sicherzustellen! Nur 18 % halten dies für falsch. Frauen stimmen in gleichem Maße zu wie Männer!

Bürger bis zu 30 Jahren sind da etwas vorsichtiger in ihrer Aussage, im Prinzip stimmen aber auch sie zu. Stärkere Bedenken gegen diese Meinung äußern die besser gebildeten Bevölkerungsschichten, die Gruppe der Ablehnenden wächst hier auf 30 %.

Daß man einer bestimmten Partei nahesteht, bedeutet bei dieser Fragestellung kaum etwas.

Folge: Erziehungsgeld

Erziehungsgeld als Folge der Meinung, die Mütter sollten aufhören zu arbeiten, wenn sie Kinder erziehen, sehen 61 % der Bundesbürger! Dieses aus Steuermitteln finanzierte Erziehungsgeld wird von Frauen noch stärker gefordert: Zwei Drittel empfinden es als gerechte Lösung für Hausfrauen, die Kinder erziehen. Obwohl die SPD/FDP-Koalition das Erziehungsgeld ablehnt, sind sich die Anhänger aller Parteien einig, daß sie das Erziehungsgeld wollen. Parteipolitisch motivierte Unterschiede lassen sich bei den Befragten nicht feststellen.

Die CDU hat bereits im April 1974 einen Gesetzentwurf zur Einführung des Erziehungsgeldes eingebracht. Diese familienpolitische Forderung fügt sich in das gesellschaftspolitische Gesamtkonzept der CDU ein, die Staatsausgaben effektiver einzusetzen, sie umzustrukturieren und neue Akzente und Prioritäten zu setzen.

Familienpolitik bietet ein gutes Beispiel dafür, daß der Sozialaufwand wirtschaftlich sinnvoller und humaner im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe eingesetzt werden kann:

Die leiblichen Eltern sind bessere und billigere Erzieher als Ersatzerzieher wie etwa die Tagesmutter; Erziehungsgeld ist billiger als Rehabilitation von Erziehungsschäden oder Heimerziehung.

Aktive Familienpolitik dient allen: der Freiheit und dem Schutz des einzelnen, der Erhaltung der Familie als Lebensgemeinschaft wie der Ausgestaltung einer freiheitlich-sozialen Gesellschaftsordnung.

Die Aufwertung der Familie in der Öffentlichkeit ist dringend notwendig

Knapp zwei Drittel der Bevölkerung sind der Meinung, daß die Familie im Bild der Öffentlichkeit aufgewertet werden muß. Nur junge Leute und solche mit Abitur oder Studium sehen dies nicht so dringend.

Frauen empfinden das schlechte Image der Familie als Institution noch stärker als Männer.

Es muß endlich gehandelt werden: Mehr Familienpolitik tut not.

Die Folgen der Vernachlässigung der Familienpolitik durch die SPD/FDP sind bereits sichtbar: Der Prozeß der Überalterung der Bevölkerung in unserem Lande beschleunigt sich in erschreckendem Maße.

Wenn sich die statistische Relation zwischen beiden Gruppen weiter zu Lasten der Jüngeren verschiebt, werden die Erwerbstätigen nur dann ihren Aufgaben und Pflichten gegenüber der alten Generation gerecht werden können, wenn sie zu mehr Opfern bereit sind. Denn in unserem Sozialsystem trägt die Erwerbsbevölkerung die materielle Sicherung der Alten und Nichterwerbsfähigen. Es ist die Aufgabe der Politik, dafür Sorge zu tragen, daß der Generationsvertrag, die Verpflichtung der Jungen für die Alten, nicht in Gefahr gerät, aber er darf auch nicht zu einer unzumutbaren Belastung der Erwerbsbevölkerung führen. Es ist deshalb eine unserer wichtigsten Pflichten, den verfassungsrechtlich garantierten Schutz von Ehe und Familie neu mit Leben zu erfüllen.

Viele Familien mit mehreren Kindern wurden seit 1969 auch finanziell an den Rand der Gesellschaft gerückt. Bereits heute liegen mehrere hunderttausend dieser Familien mit ihrem Einkommen unter der Sozialhilfeschwelle. Die erheblichen

Kostensteigerungen und die Inflation haben dazu geführt, daß heute der Familienlastenausgleich, gemessen am Einkommensniveau, unter dem von 1964 liegt.

Die Neuordnung des Familienlastenausgleichs von 1975 hat wenig daran geändert, sie war unzureichend und kam Jahre zu spät.

„Die Familienpolitik der SPD/FDP-Koalition hat nicht dazu beigetragen, die Familie zu stärken: Sowohl bei der Ehescheidungsreform als auch bei der Änderung des § 218 StGB wurden von ihr familienpolitische Gesichtspunkte zuwenig beachtet. Die von SPD und FDP getragene Bildungspolitik hat zu einem Gegensatz zwischen schulischer und familiärer Erziehung geführt. Die Sozialpolitik hat die Familien mit mehreren Kindern vernachlässigt. Der Wohnungsbau hat auf die große Familie zuwenig Rücksicht genommen.

Aufgabe der Politik ist, die Familie zu schützen und zu fördern und ihr Anerkennung in der Gesellschaft zu verschaffen. Das gilt besonders für Familien mit mehreren Kindern, mit behinderten Kindern, mit nur einem Elternteil oder für solche, in denen Großeltern oder andere Verwandte leben. Das Leben in diesen Familien bedeutet oft Einschränkungen und Opfer für die einzelnen: Alle tragen aber ihre mitmenschliche Verantwortung und leisten oft beispielhaft Hilfe zur Selbsthilfe.“ (Aus den familienpolitischen Leitsätzen der CDU)

Resultat

Die Ergebnisse der Studie lassen einige wichtige Schlußfolgerungen zu:

■ Trotz der schlechten Behandlung durch die Bundesregierung hat die Institution Familie ihre Bedeutung auch heute nicht verloren. Zwar werden Stimmen laut, die in der Familie keinen natürlichen, zum Menschen gehörenden Zusammenschluß sehen und sie daher für ersetzbar halten.

Der weitaus größte Teil der Bevölkerung bekennt sich aber zur Familie. Daher ist die Familienpolitik der CDU kein wirklichkeitsfremdes Agieren, sondern sie kann mit entsprechender Unterstützung der Bevölkerung für ihre konstruktive Familienpolitik rechnen.

Von der Unversehrtheit der Familien hängt wesentlich die Immunität der Gesellschaft gegen Krisen ab. Intakte Familien — gleich intakte Gesellschaft, diesen Standpunkt der CDU akzeptieren die Bundesbürger.

■ Seit die SPD/FDP-Koalition regiert, hat der Bürger den Eindruck, daß „Familie“ in der Öffentlichkeit nicht mehr zählt. Lange Zeit wurden nur Stimmen gegen die Familie laut und sind entsprechend publiziert worden. Die Bürgerschaft

erwartet aber, daß etwas geschieht, daß man der Familie in der Öffentlichkeit den Rang einräumt, der ihr aufgrund ihrer Funktion für Staat und Gesellschaft zusteht. Die CDU unterstützt die Forderungen der Bürger.

■ Viele Bürger sind sich im klaren darüber, daß die Familie — und damit die Beziehung zwischen Eltern und Kindern — nicht mehr das ist, was sie früher einmal war. Vor allem der weitgehende Verlust der Großfamilie im heutigen Leben hat den Kind-Eltern-Beziehungen geschadet. Erfahrungen und Erkenntnisse werden zwischen den Generationen nicht mehr weitergegeben; die Familie erleidet nach Ansicht der Bürger Funktionsverluste. Die Eltern brauchen deshalb in der modernen Welt mehr denn je Beratung und Zuspruch. Der Eindruck des „Alleingelassenseins“ darf nicht aufkommen.

■ Daß heute viele Mütter aus verschiedenen Gründen berufstätig sind und sich nicht im sonst möglichen Maße um ihre Kinder kümmern können, mißfällt sehr vielen Bürgern dieses Landes. Sie fordern mehrheitlich, eine Unterbrechung der Erwerbstätigkeit zu ermöglichen, damit Mütter ihre Kinder erziehen können. Die gleichzeitig starke Befürwortung des von der CDU geforderten Erziehungsgeldes zeigt, wie nach ihrer Ansicht der ökonomische Aspekt gelöst werden kann.

■ Die CDU will einem Elternteil durch das Erziehungsgeld ermöglichen, sich überwiegend der Erziehung des Kleinkindes zu widmen. Das Erziehungsgeld soll, soweit es die Staatsfinanzen erlauben, stufenweise bis zum dritten Lebensjahr des Kindes ausgebaut werden.

Durch die wirtschaftliche Sicherung der Familie wird Chancengerechtigkeit verwirklicht. Es darf kein Privileg für finanziell Gutgestellte sein, ausreichend Zeit für die Betreuung und Erziehung des Kleinkindes zu haben.